

Fokus Menschenrechte

Amerika träumt weiter

Rassendiskriminierung in den USA 50 Jahre nach dem Tod von Martin Luther King Jr.

Iris Froeba, Gereon Wiese

ABSTRACT

Vor genau 50 Jahren wurde die wohl talentierteste, überzeugendste und progressivste Stimme der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gewaltsam zum Schweigen gebracht. Der Schock über das tödliche Attentat auf Martin Luther King Jr., das am 4. April 1968 in Memphis, Tennessee verübt wurde, hallt bis heute nach. Sein Lebenswerk inspirierte und beflügelte nachfolgende Generationen von Bürgerrechtlern. Doch Martin Luther Kings Traum einer vollständigen Gleichberechtigung aller Amerikanerinnen und Amerikaner bleibt bis heute unerfüllt.

04/18

Amerika träumt weiter

Rassendiskriminierung in den USA 50 Jahre nach dem Tod von Martin Luther King Jr.


Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

Autoren

Iris Froeba und Gereon Wiese

Redaktion

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon: 03 31.70 19-0

Telefax: 03 31.70 19-1 88

E-Mail: info@freiheit.org

Diese Publikation ist kostenfrei zu beziehen.
Der Weiterverkauf ist untersagt.

Stand

04/2018



Meilensteine der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung

Als Martin Luther King Jr. 1963 seine berühmte „I Have a Dream“-Rede vor dem Lincoln Memorial in Washington, DC hielt, waren die USA von einer Gleichstellung der Afroamerikaner weit entfernt. In den Südstaaten schrieben die sogenannten „Jim-Crow“-Gesetze die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen fest. Die Arbeitslosenquote der Afroamerikaner war fast doppelt so hoch wie die der weißen Amerikaner. Doch Martin Luther Kings fesselnde Rhetorik ermutigte die afroamerikanische Community dazu, sich zusammenzuschließen, um für ihre Rechte einzustehen. Schnell kochte die Stimmung im Land hoch. Angesichts der aufgeheizten Spannungen sah sich der damalige Präsident John F. Kennedy schließlich im Zugzwang. Nach Kings friedlicher Protestkundgebung in Washington, DC, an der mehr als 250.000 Menschen teilnahmen, legte er dem US-Kongress den „Civil Rights Act“ vor, der die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen für illegal erklären sollte. Doch das Gesetz, das als Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung gilt, trat erst nach Kennedys Tod mit der Unterschrift seines Nachfolgers Lyndon B. Johnson in Kraft.



Martin Luther King Jr. (Foto: Public Domain)

Nur zwei Jahre später setzten Martin Luther King und seine Anhänger einen weiteren Meilenstein. Die Rassentrennung war durch den „Civil Rights Act“ zwar verboten, doch gerade beim Wahlrecht wurden Afroamerikaner in den Südstaaten weiterhin unterdrückt, indem sie beispielsweise Sprach- und Wissenstests absolvieren mussten, um in das Wählerregister aufgenommen zu werden. Im Zuge der teils blutig endenden „Selma-nach-Montgomery-Märsche“ demonstrierten 1965 afroamerikanische Bürgerrechtler für ihr Wahlrecht. Als Reaktion auf die Protestmärsche erließ Präsident Johnson ein neues Wahlrechtsgesetz, den „Civil Voting Act“, der diskriminierende Wahltests für unzulässig erklärte.

Die „I Have a Dream“-Rede sowie seine Ansprache im Rahmen der „Selma-nach-Montgomery-Märsche“ markierten die bedeutendsten Momente von Martin Luther Kings Karriere als Amerikas bekanntester Bürgerrechtler. Seine Ermordung hinterließ

tiefe Trauer in der amerikanischen Öffentlichkeit. 100 Millionen Amerikaner verfolgten seine Beisetzung im TV, die Flaggen vor Regierungsgebäuden wehten auf Halbmast. Doch die Trauer schlug schnell in Wut um. In 125 US-Städten, in denen es wegen schlechter Wohnbedingungen, maroder Schulen, unkontrollierter Polizeigewalt sowie hoher Arbeitslosigkeit in afroamerikanischen Nachbarschaften ohnehin schon brodelte, brachen politische Unruhen aus. Bei den „Holy Week Uprisings“ starben 43 Menschen, 3.500 wurden verletzt und 27.000 inhaftiert.

In seinen letzten Jahren setzte sich Martin Luther King Jr. verstärkt für die Armutsbekämpfung sowie für Mieter- und Käuferrechte ein. Kings Einsatz in diesem Feld sollte sich aber erst nach seinem Tod bezahlt machen. Präsident Lyndon B. Johnson unterschrieb noch im selben Jahr den „Fair Housing Act“, um eine Diskriminierung schwarzer Mieter zu verhindern. Vor der Unterzeichnung des Gesetzes wurden afroamerikanische Mieter in vielen Bundesstaaten benachteiligt, indem sie in unattraktive Wohngebiete am Stadtrand gedrängt wurden, was zur Ghettoisierung führte.

Martin Luther King Jr. konnte während seiner Lebenszeit bedeutende Fortschritte für die Rechte der Afroamerikaner erzielen. Sein Lebenswerk prägte eine neue Generation von Bürgerrechtlern, die an seinem Traum von Gleichberechtigung festhielten. Leider ist das Thema Rassendiskriminierung in Amerika des 21. Jahrhunderts aktueller denn je. Die soziale Mobilität der Afroamerikaner bleibt eingeschränkt. Sie kommen weder in den Genuss gleicher wirtschaftlicher Chancen noch gleicher Bildungschancen. Darüber hinaus haben sich die Vereinigten Staaten seit den 1960er Jahren stark gewandelt. Migrationsströme aus Mittel- und Südamerika machten das Land bunter und diverser als je zuvor. Heute stellen „Hispanics“ 17,6 Prozent der Bevölkerung und damit die größte Minderheit in den USA. Zum Vergleich: Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2010 gaben 13,3 Prozent der Bevölkerung an, Afroamerikaner zu sein.¹

Während also neue Einwanderungsgruppen das Land vor ebenso neue Herausforderungen stellen, führen uns das Aufkeimen der „Black-Lives-Matter“-Bewegung auf der einen und ein Erstarren der alternativen Rechte auf der anderen Seite vor Augen, dass in den Vereinigten Staaten ein Kulturkampf tobt, in dem längst überwunden geglaubte Ressentiments eine entscheidende Rolle spielen.

¹ <https://www.census.gov/2010census/data/>

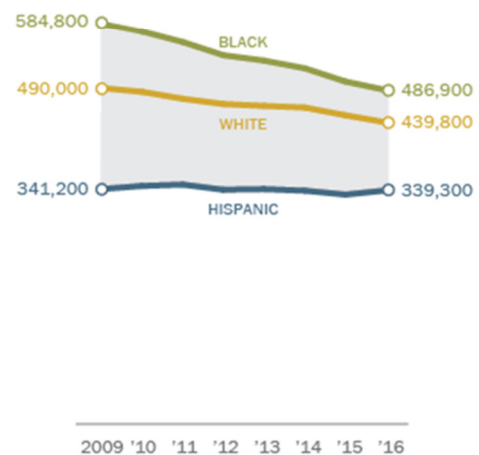
Barack Obama – Hoffnungsträger trifft auf Realität

Mit dem Wahlsieg Barack Obamas im Jahre 2008 verband vor allem die afroamerikanische Community der USA große Hoffnungen. Rund vierzig Jahre nachdem sich Amerikas Bürgerrechtsbewegung durch den Tod von Martin Luther King Jr. geschwächt fühlte, stand ein Afroamerikaner an der Spitze des mächtigsten Staates der Welt. Das Weiße Haus, einst von Sklaven erbaut, besaß einen afroamerikanischen Hausherrn. Präsident Obama versinnbildlichte geradezu die überwundene Diskriminierung der Afroamerikaner. Doch welche Verbesserungen hinsichtlich der Gleichberechtigung führte die Obama-Administration herbei? Konnte er die hohen Erwartungen der afroamerikanischen Community im Land durch konkrete politische Maßnahmen tatsächlich erfüllen? Klar ist, dass sich die Probleme der Rassendiskriminierung in den USA nicht in Luft aufgelöst haben, nur weil ein afroamerikanischer Präsident die Geschichte des Landes acht Jahre lang lenkte.

Als handfeste Verbesserungen gegenüber der Bush-Ära galt die Ernennung von Eric Holder und Loretta Lynch. Obamas afroamerikanische Justizminister hauchten der Bürgerrechtsabteilung des Justizministeriums, die unter Bush vor sich hindämmerte, neues Leben ein. Auch im Bereich Gesundheit konnte der Präsident Fortschritte erzielen. Durch seine Gesundheitsreform „Obamacare“ sank die Quote unversicherter Afroamerikaner um ein Drittel.² Obama widmete sich außerdem der überproportional hohen Quote afroamerikanischer Gefängnisinsassen. Im Rahmen seiner Strafrechtsreform gewährte er zehnmal so vielen Verurteilten einen Strafnachlass wie seine fünf Vorgänger zusammen.³ Dabei kamen fast alle Begnadigungen Inhaftierten zugute, die lange Strafen wegen gewaltfreier Drogendelikte absaßen. So sank die Rate afroamerikanischer Häftlinge zwischen 2009 und 2016 um rund 17 Prozent.⁴

Racial and ethnic gaps shrink in U.S. prison population

Sentenced federal and state prisoners by race and Hispanic origin, 2009–2016



Note: Whites and blacks include only those who are single-race, not Hispanic. Hispanics are of any race. Prison population is defined as inmates sentenced to more than a year in federal or state prison.
Source: Bureau of Justice Statistics.

PEW RESEARCH CENTER

² <https://www.cbpp.org/research/health/affordable-care-act-has-produced-historic-gains-in-health-coverage>

³ <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-38536668>

⁴ <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/01/12/shrinking-gap-between-number-of-blacks-and-whites-in-prison/>

Obama war fest entschlossen, nicht als Präsident der schwarzen, sondern aller Amerikaner in die Geschichtsbücher eingehen zu wollen. Doch nicht nur die afroamerikanische Basis empfand seine politischen Initiativen als nicht weitreichend genug. Es bleibt fraglich, inwieweit die Geschichte es als Entschuldigung gelten lassen wird, dass Obama zeit seiner Präsidentschaft einem republikanisch dominierten Kongress gegenüberstand. Obamas Maßnahmen müssen also zum Großteil in die Kategorie Symbolpolitik eingeordnet werden. Letztlich war der größte Erfolg von Obamas acht Amtsjahren sein Wahlsieg und seine Amtseinführung – für viele seiner Unterstützer, die einen großen Wurf erwartet hatten, eine bittere Enttäuschung.

Schließlich führte das Aufkeimen der „Black Lives Matter“-Bewegung im Jahr 2013 den Amerikanern vor Augen, dass Rassismus gegenüber Afroamerikanern tief in der amerikanischen Gesellschaft und Geschichte verwurzelt ist und auch durch einen afroamerikanischen Präsidenten nicht überwunden werden kann. Die Bewegung entstand während Obamas zweiter Amtszeit als Reaktion auf den Freispruch George Zimmermans, der als Nachbarschaftswächter den unbewaffneten afroamerikanischen Teenagers Trayvon Martin erschossen hatte. Landesweite Aufmerksamkeit erregte die Bewegung mit Protesten nach den Todesfällen von Michael Brown in Ferguson, Missouri und Eric Garner in New York, die beide Opfer von Polizeigewalt wurden. Die Bilder der chaotischen und teils gewalttätigen Auseinandersetzungen dominierten wochenlang die amerikanische Medienlandschaft und entfachten die Debatte um Rassismus und Polizeigewalt aufs Neue.

Die Ausschreitungen dürften auch dazu geführt haben, dass die Stimmung der Öffentlichkeit während Obamas Amtszeit kippte. Noch im Jahr 2009 beurteilten zwei Drittel der Amerikaner die ethnischen Beziehungen als „insgesamt gut“ und somit friedlich. Gegen Ende von Obamas Amtszeit stimmten dem nur noch ein Drittel aller Amerikaner zu.⁵ 46 Prozent der Befragten brachten die Spannungen sogar in direkte Verbindung mit Obama und waren der Meinung, dass dieser die ethnischen Beziehungen „verschlechtert“ habe. Lediglich 29 Prozent der Befragten gaben an, dass Obama die Spannungen abgebaut habe.⁶

Barack Obama, der Hoffnungsträger der afroamerikanischen Bevölkerung, begann seine Präsidentschaft also „auf dem Gipfel eines Berges und beendete sie in einem Tal“⁷, wie es der Journalist Nick Bryant beschreibt. Dies spiegelt sich auch in Zahlen

⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2015/05/05/us/05poll-doc.html>

⁶ <http://news.gallup.com/opinion/polling-matters/203123/america-changed-during-obama-years.aspx>

⁷ <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-38536668>

wider: waren 71 Prozent aller Afroamerikaner im Jahr 2009 noch davon überzeugt, dass Obamas Wahl ein Meilenstein im Gerechtigkeitskampf sei, so waren es sieben Jahre später nur 51 Prozent. Die einst viel beschworene Ära eines „post-racial America“⁸ konnte Obama nicht einläuten. In seiner Abschiedsrede sprach Obama darüber, dass diese auf ihn projizierten Erwartungen „nie realistisch“ gewesen seien und dass die Ethnie nach wie vor ein „starker und oft trennender Faktor“⁹ in der US-Gesellschaft sei.

Protestmarsch in Charlottesville - Ein neu entfachter Kulturkampf

Zuletzt zeigten die hasserfüllten und für eine Gegendemonstrantin tödlich verlaufenen Proteste eines rechten Bündnisses in Charlottesville, dass Amerikas Vergangenheit die Gesellschaft immer wieder einholt. Obwohl der Amerikanische Bürgerkrieg seit nunmehr 152 Jahren ausgefochten ist, erinnern noch immer weit mehr als 700 Denkmäler an die Konföderierten Staaten von Amerika. Für die einen repräsentieren sie Stolz, Tradition und Herkunft, für andere sind sie ein Relikt aus Zeiten der Sklaverei und ein Symbol für Rassismus. Dabei wurden die meisten Denkmäler nicht unmittelbar nach Ende des Bürgerkrieges, sondern erst in den Jahren zwischen 1890 und 1920 aufgestellt. Es ist kein Zufall, dass zu dieser Zeit eine scharfe inneramerikanische Debatte über die Trennung von Afroamerikanern und Weißen („separate but equal“) geführt wurde, die sich in vielen Südstaaten in den sogenannten „Jim Crow-Gesetzen“ manifestierte.

Bei den gewalttätigen Demonstrationen in Charlottesville versammelten sich allerdings keineswegs nur ewiggestrige Südstaatler. Die unter dem Motto „Unite the Right“ stehende Demonstration sollte dazu dienen, den Flickenteppich rechtsextremer Gruppierungen zu vereinen und Neonazis, Neokonföderierte sowie Anhänger der „Alternative-Right“, kurz Alt-Right-Bewegung zu mobilisieren. Neben der Flagge der Konföderation wehte das Hakenkreuz, Arme erhoben sich zum Hitlergruß und Demonstranten skandierten antisemitische Hassparolen. In mehreren Reden wurde zugesichert, Donald Trumps Aufruf, die Vereinigten Staaten „zurückzuerobern“, in die Tat umzusetzen.

⁸ <https://www.cnn.com/2017/01/10/politics/president-obama-farewell-speech/index.html>

⁹ <https://www.independent.co.uk/voices/barack-obama-first-black-president-us-racism-white-supremacy-donald-trump-a7532206.html>

Die in Charlottesville offenbarte Symbiose zwischen Neokonföderierten, Neonazis und der „Alt-Right“-Bewegung verschärft den lange währenden Kulturkampf um konföderierte Symbole in den USA. Nicht wenige Amerikaner assoziieren diese mit kultureller Identität, „Southern Pride“ und der besonderen Geschichte der Südstaaten. Laut einer Studie verbinden rund 60 Prozent der weißen Amerikaner die Konföderiertenflagge mit Stolz statt mit Rassenwahn, während 80 Prozent der Afroamerikaner die Flagge mit Rassismus verknüpfen.¹⁰ Für Kritiker verkörpern auch die unzähligen Denkmäler die Überlegenheit der Weißen und den unausgesprochenen Wunsch nach einer Aufrechterhaltung der Rassentrennung.

So wehte bei den Protesten gegen den Abriss des Reiterstandbildes von General Robert E. Lee in Charlottesville die Flagge der Konföderierten Seite an Seite mit Nazifahnen. Der Verweis auf „Southern Pride“, Denkmalschutz und den Erhalt kulturellen Erbes wirkt unter diesen Voraussetzungen konstruiert. Mit provokanten, antisemitischen Hassparolen zeigten die Demonstranten, dass es ihnen nicht zuvorderst um das Andenken an die Konföderation ging.



Protestmarsch in Charlottesville
(Foto: CC BY-SA 2.0 Flickr.com/ Anthony Crider)

Gerade Anhänger der „Alt-Right“-Bewegung, die sich seit der Wahl Donald Trumps ideologisch im Aufwind fühlen, nutzten die Proteste als Plattform, um Aufsehen zu erregen und ihre Hassbotschaften prominent zu platzieren. Es ist bezeichnend, dass sich bis vor kurzem ausschließlich Neokonföderierte für den Erhalt der Denkmäler interessiert hatten. „Vor fünf oder zehn Jahren hatten die Neokonföderierten keine nennenswerte Anhängerschaft“, erläutert Professor Alexander Reid Ross von der Universität von Portland. „Doch der Anstieg von ‚Alt-Right‘-Gruppen an den Universitäten hat auch den Neokonföderierten eine neue Basis gegeben.“¹¹

US-Präsident Donald Trump machte sowohl die alternative Rechte als auch die Gegendemonstranten für die gewaltsamen Ausschreitungen in Charlottesville verant-

¹⁰ <https://www.prii.org/spotlight/white-working-class-americans-confederate-flag-southern-pride-racism/3/>

¹¹ <https://www.theguardian.com/world/2017/aug/16/why-is-the-us-still-fighting-the-civil-war>

wortlich. Als Reaktion auf Trumps Äußerungen warf der UN-Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung der US-Regierung Versagen im Umgang mit den Ausschreitungen vor und forderte sie auf, sich „eindeutig und bedingungslos“ von rassistischen Äußerungen und Verbrechen zu distanzieren.

Vorfälle wie in Charlottesville führen der amerikanischen Gesellschaft vor Augen, dass das Aufkeimen reaktionären Gedankenguts weit mehr ist als ein temporäres Internetphänomen. Auch geht es nicht primär um die exzentrischen Anführer der „Alt-Right“-Bewegung und deren persönliche Geltungssucht. Es geht vielmehr um ein nur ungenügend aufgearbeitetes Kapitel amerikanischer Geschichte, dessen Verklärung weit mehr Amerikaner anhängen, als sich die aufgeklärten Eliten eingestehen wollen. Dass diese Aufarbeitung ausgerechnet unter einem Präsidenten Donald Trump beginnen wird, darf bezweifelt werden.

„America first“ – Doch welches Amerika?

Die Tatsache, dass ein weißer, männlicher, heterosexueller und vor allem republikanischer Kandidat die Präsidentschaftswahl gewann, reichte für einige schon aus, um schwarz für die Zukunft der Minderheiten in den USA zu sehen. Dass dieser neu gewählte Präsident ausgerechnet der erratische Donald Trump ist, der nicht zuletzt



US-Präsident Donald Trump
(Foto: CC BY-SA 2.0 Flickr.com/ Gage Skidmore)

durch die fehlende Abgrenzung zum Lager der „Alt-Right“ auffiel, verstärkte die Sorgen zusätzlich. Ein großer Teil der afroamerikanischen Community befürchtete, dass mit Trumps Wahl ihre Belange in Washington künftig weniger Gehör finden oder sie gar mit repressiver, neuer Gesetzgebung zu rechnen haben. Grund genug also, das erste Jahr

der Präsidentschaft Trumps mit Hinblick auf die Lage der Afroamerikaner zu analysieren.

Im Wahlkampf umwarb Trump die afroamerikanische Wählerschaft mit seinem „New Deal for Black America“¹². Von seiner Politik würde vor allem auch die afroamerikanische Gemeinschaft profitieren. Er versprach Bildungsgerechtigkeit, sichere Kommunen und entlastende Finanzreformen. Bisher scheint sein „New Deal for Black America“ aber keine Früchte zu tragen. Zwar wird Trump in seinen Reden nicht müde, den historischen Tiefstand afroamerikanischer Arbeitslosigkeit als sein Verdienst zu deklarieren. Doch finden sich bislang wenige konkrete Gesetzesvorhaben, die speziell das Leben der Afroamerikaner beeinflussen könnten. Folglich blieb aber auch der große Kahlschlag, die große Entrechtung afroamerikanischer US-Bürger, aus. Es scheint vielmehr so zu sein, als besitze die Thematik keine allzu hohe Priorität auf Trumps Agenda. Einige politische Maßnahmen der Trump-Administration haben jedoch indirekt einen negativen Einfluss auf die Community, der nach Meinung zivilgesellschaftlicher, progressiver Akteure auch genau in dieser Form intendiert ist.

So diagnostiziert Marc Morial, Vorsitzender der „National Urban League“, die sich für die Rechte von Afroamerikanern und gegen deren Diskriminierung einsetzt, dass die „aufhetzende Rhetorik des Präsidenten“, die er während des Wahlkampfes einsetzte, in „diskriminierende politische Initiativen“ umgeschlagen ist.¹³ Morial mahnt: „Der gesellschaftliche Krebs des Hasses breitet sich weiter aus; er gedeiht in einem Klima, in dem Feindlichkeiten gegen religiöse und ethnische Minderheiten gefördert werden, und droht unserer gespaltenen Nation weitere Risse zu verleihen.“¹⁴ Die Fortschritte bei der Verwirklichung einer Gleichbehandlung aller ethnischen Gruppen seien seit der Amtseinführung von Donald Trump in Gefahr. Auch der demokratische Kongressabgeordnete Cedric L. Richmond mahnt, dass die Afroamerikaner angesichts von Trumps Personalentscheidungen und vorgeschlagener politischer Initiativen viel zu verlieren hätten. „Angefangen mit der Ernennung eines Justizministers, der in der Vergangenheit immer wieder gegen Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Bürgerrechte gekämpft hat, bis hin zu massiven Kürzungen der Programme, von denen die Schwächsten in unserer Gesellschaft profitieren, hat dieser Präsident deutlich gemacht, dass er die Fortschritte der vergangenen Jahre rückgängig machen will.“¹⁵

¹² https://assets.donaldjtrump.com/Plan_For_Urban_Renewal.pdf

¹³ https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2017/05/02/prospects-for-black-america-about-to-get-worse-under-trump-report-says/?utm_term=.1472d33ae166

¹⁴ https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2017/05/02/prospects-for-black-america-about-to-get-worse-under-trump-report-says/?utm_term=.1472d33ae166

¹⁵ <http://soba.iamempowered.com/sites/soba.iamempowered.com/themes/soba/flexpaper/SOBA2017-ExecutiveSummary-FP2/>

Der von der Bürgerrechtsbewegung „National Urban League“ veröffentlichte „State of Black America Report“¹⁶ sieht gerade die soziale Gerechtigkeit in Gefahr. Zunächst sei hier Trumps innenpolitische Ägide einer „Law-and-Order“-Politik der Nulltoleranz zu nennen, wofür er in seinem Justizminister Jeff Sessions einen willfährigen Vollstrecker gefunden hat. Von Beginn an forderte dieser mehr „Recht und Ordnung“ in Amerika. Auch kleine Drogendelikte sollen wieder verfolgt und die Legalisierung von Marihuana auf Bundesstaatenebene eingeschränkt werden. Teil dieser neuen Politik sind auch erhöhte Strafen für Angriffe gegen Polizeibeamte. Kritiker befürchten, dass dies vor allem Afroamerikaner treffen werde, da sie in Situationen mit Polizeikontakt im Durchschnitt von den Beamten als aggressiver wahrgenommen würden. Dadurch seien sie Hauptgefährdete für einen durch dieses Gesetz legitimierten „übermäßigen Einsatz von Polizeigewalt.“¹⁷ Zudem wird davor gewarnt, dass die ohnehin überproportional hohe Quote afroamerikanischer Gefängnisinsassen durch Trumps Strafrechtsreform zusätzlich steigen könnte.

Zudem plant der Präsident, die Bürgerrechtsabteilung des Justizministeriums, die während Obamas Amtszeit ausgebaut wurde, um 121 Stellen zu reduzieren. Die betroffene Abteilung dient vor allem als Anti-Diskriminierungsstelle und befasst sich mit Benachteiligungen aufgrund von Ethnie, Hautfarbe, Behinderung, Religion, Familienstatus und nationaler Herkunft.¹⁸ Die der Demokratischen Partei nahestehende Denkfabrik „Center for American Progress“ kritisiert außerdem die geplante Schließung der „Minority Business Development Agency“ (MBDA), die zum US-Handelsministerium gehört und Beratungsangebote besonders für kleine und mittelständische Unternehmer ethnischer Minderheiten anbietet.¹⁹

Einsparungen in Trumps umstrittener Steuerreform treffen unter anderem auch die sogenannten „Historically Black Colleges and Universities (HBCUs)“²⁰: Bildungseinrichtungen, die vor 1964 gegründet wurden und ursprünglich dem Ziel dienten, Afroamerikanern Bildung zuteilwerden zu lassen und auch heute noch existieren. Auch das geplante Einfrieren des „Pell Grant“-Stipendiums²¹ reihe sich in diese Kette von beabsichtigter Schlechterstellung der afroamerikanischen Bevölkerungsteile ein. Das „Pell Grant“-Stipendium hilft vor allem afroamerikanischen und hispanischen Studenten

¹⁶ <http://soba.iamempowered.com/sites/soba.iamempowered.com/themes/soba/flexpaper/SOBA2017-ExecutiveSummary-FP2/>

¹⁷ ebd.

¹⁸ <http://www.americanprogress.org/issues/race/reports/2018/01/10/444806/52-harms-52-weeks>

¹⁹ vgl. ebd.

²⁰ ebd.

²¹ ebd.

dabei, ihr Studium zu finanzieren. Trumps Plan würde bedeuten, dass das Stipendienvolumen in den kommenden Jahren nicht erhöht würde. Das „Center for American Progress“ merkt zudem an, dass die von Trump geplante Abwicklung von „Obamacare“ besonders für Angehörige ethnischer Minderheiten zu einem Wegfall wichtiger medizinischer Leistungen führen würde. Denn Trump will gerade die staatlichen „Medicaid“-Programme kürzen, auf die Afroamerikaner häufiger angewiesen sind als weiße Amerikaner.²² Zusätzlich soll der Haushalt des vom einzigen afroamerikanischen Minister Ben Carson geführten „Department of Housing and Urban Development“, das unter anderem den Zugang zu Sozialwohnungen regelt, im Jahr 2019 um fast sieben Milliarden Dollar gekürzt werden. Auch hier wären überwiegend einkommensschwache Afroamerikaner die Leidtragenden.²³

Abgesehen von diesen teils noch nicht durchgesetzten politischen Maßnahmen, prägt Trump die Debatte auch dadurch, dass er sich regelmäßig mit rassistisch geprägten Kommentaren zu Wort meldet. So bezeichnete Trump hinter verschlossenen Türen afrikanische Länder und auch Haiti als „Shithole Countries“. Zudem machte er neben seiner Reaktion auf den zuvor erwähnten Protestmarsch in Charlottesville auch mit Äußerungen über afroamerikanische NFL-Spieler Schlagzeilen: Im vergangenen Jahr fielen einige NFL-Profis dadurch auf, dass sie vor Beginn des Spiels während der US-Nationalhymne nicht wie üblich aufstanden, sondern sich aus Protest gegen die Unterdrückung von Afroamerikanern niederknieten. Trump kommentierte dies in einem Tweet damit, dass die betroffenen Spieler „undankbar“ seien und „gefeuert“ werden sollten.²⁴ Vizepräsident Pence verließ ein NFL-Spiel, nachdem die Protestgeste auch dort von einigen Spielern gezeigt wurde.

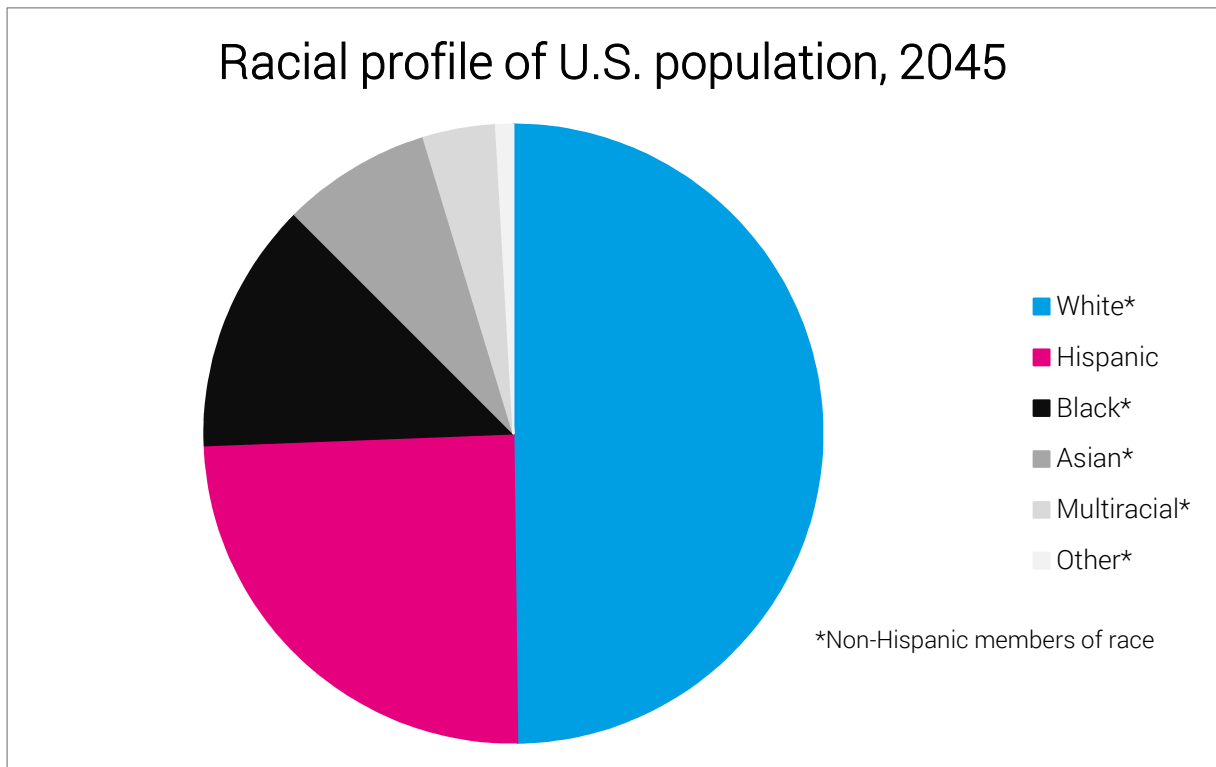
Neben seinen Kommentaren und Twitter-Ausrastern sorgen Trumps Personalentscheidungen, bei denen überproportional viele weiße Kandidaten, die zuvor teilweise mit rechtspopulistischen Äußerungen auffielen, den Zuschlag erhielten, für Entsetzen unter seinen Kritikern. Seine Administration repräsentiert die ethnische Zusammensetzung der US-Bevölkerung nicht einmal im Ansatz. Tatsächlich ist Ben Carson, ehemaliger US-Präsidentschaftskandidat der Republikaner, derzeit der einzige Afroamerikaner in Trumps Kabinett. Aktuelle Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung des „United States Census“ projizieren, dass sämtliche Gesichter von Trumps Administration in 25 Jahren zur Minderheit schrumpfen werden. So werden Weiße im Jahr 2045

²² vgl. ebd.

²³ <https://www.cbpp.org/research/federal-budget/trump-budget-deeply-cuts-health-housing-other-assistance-for-low-and>

²⁴ <https://www.nytimes.com/2017/09/23/sports/trump-nfl-colin-kaepernick.html>

nur noch 49,9 Prozent der Bevölkerung stellen. Der Anteil der „Hispanics“ wird 24,6, der der Afroamerikaner 13,1 und der der Asiaten 7,8 Prozent ausmachen.²⁵



Fazit

Auch wenn sich die politischen Überzeugungen von Obama und Trump nicht nur in diesem Politikbereich diametral gegenüberstehen, fielen bzw. fallen beide Präsidenten eher durch Symbolik und Rhetorik als durch handfeste politische Maßnahmen auf. Während sich die Lage der afroamerikanischen Minderheit in den USA unter Obama marginal verbesserte, hat sie sich bislang unter Trump auch nur marginal verschlechtert. Der Wahlsieg Obamas und auch Trumps wurde jedoch ermöglicht durch eine Anhängerschaft, die besonders in diesem Politikbereich eigentlich durchschlagendere politische Ergebnisse erwartete, beziehungsweise im Falle Trumps noch immer erwartet.

²⁵ <https://www.brookings.edu/blog/the-avenue/2018/03/14/the-us-will-become-minority-white-in-2045-census-projects/>

Die USA sehen sich heute mit alten und neuen Herausforderungen konfrontiert, die so tief verwurzelt sind, dass sie nicht binnen einer Präsidentschaft gelöst werden können. Die gesellschaftliche und politische Spaltung des Landes resultiert keineswegs aus dem teils schmutzigen Präsidentschaftswahlkampf 2016. Vielmehr ist der Erfolg Trumps ein Symptom der sozialen Ungleichheiten, die die Vereinigten Staaten auch fünfzig Jahre nach dem Tod Martin Luther Kings immer noch quälen.

Iris Froeba ist Policy Analyst and Media Officer, Transatlantisches Dialogprogramm, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Gereon Wiese ist Praktikant im Bereich Transatlantisches Dialogprogramm, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.